

## Essener Friedensforum

c/o pro Asyl - Friedrich Ebert-Str. 30, 45127 Essen

Kontakt:

Monika Jennis, Tel. 0201 368701

Bernhard Trautvetter Tel. 0201 425620

Internet: [www.essener-friedensforum.de](http://www.essener-friedensforum.de)

E-mail: [kontakt@essener-friedensforum.de](mailto:kontakt@essener-friedensforum.de)



12.10.2019

### **Erklärung zum Antisemitismus und rechtsextremen Terror**

Das Essener Friedensforum erklärt sein tiefes Mitgefühl mit allen Opfern der rassistischen Anschläge in Sachsen-Anhalt.

Am höchsten Feiertag der Juden war die Synagoge in Halle ungeschützt. Staatliche Behörden haben die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, trotz NSU und trotz des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke unterschätzt. Die Sicherheitsbehörden waren erneut auf dem rechten Auge blind.

Der Anschlag in Halle erfolgte in der Absicht, in einer Synagoge ein Massaker auszuführen. Menschen sollten sterben, weil sie Juden sind.

Dieser Terror aus antisemitischen Motiven steht in direktem Zusammenhang mit einer Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas nach rechts. Wie schon die NSU-Mordserie offenbart, greifen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sündenbock-Theorien gegen Flüchtlinge, Sexismus und Ausgrenzung weiterer sozialer Gruppen um sich. Das untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auf verbale folgt körperliche Gewalt. Die rechte Szene ist international unheimlich gut vernetzt. Die Täter überbieten sich gegenseitig im Netz, wer mehr Menschen, die anders sind oder anders denken, umbringt. Diese Verbrechen sind in eine Hetzstimmung eingebettet, in der Vorurteile zu Hass und Hassäußerungen zu Gewalt führen.

Die Diskussion, ob es sich um einen Einzeltäter handelt, bezieht sich angesichts vieler rassistischer und gewaltverherrlichender Äußerungen in der Öffentlichkeit auf die falsche Frage. Die dadurch erfolgte Verharmlosung in vielen Medien, aber auch in Äußerungen aus Regierungsparteien, ermutigt Rassisten zu immer brutaleren Worten und Taten.

Die Tatsache, dass selbst Rechtsextreme Zugang zu schweren Waffen haben, ist ein Skandal. Ein Verbot privaten Besitzes von Schusswaffen gehört ins Waffenrecht.

Solange es in unserer Gesellschaft Ungleichheit und Benachteiligung gibt, wird es immer auch Diskriminierung, Neid und Sündenbock-Theorien bis hin zum Rassismus geben.

Ein friedliches Zusammenleben ist erst dann zu erreichen, wenn soziale Ungleichheit in einer gerechten Gesellschaft überwunden wird und alle Menschen eine Chance auf Teilhabe haben. Um ein gesellschaftliches Klima des Miteinanders zu fördern, bedarf es der präventiven Bildungsarbeit im Sinne des demokratischen Umgangs mit-einander im Rahmen der Grund- und Menschenrechte.

Wir treten geistigen Brandstiftern, die Hetze und Hass hoffähig machen, mit der Haltung des Grundgesetzes entgegen: Die Würde des Menschen unabhängig von seiner Herkunft, seiner Überzeugung, seines Glaubens und seiner Sprache ist unantastbar.

• **Diese Grundlage friedlichen Zusammenlebens gegen alle Angriffe zu verteidigen ist allen Demokratinnen und Demokraten Auftrag.**

• **Wir erwarten ein Sicherheitskonzept von den Behörden, das neben der Synagoge auch Geschäfte und Betriebe von Menschen mit muslimischem Hintergrund mit einbezieht.**

• **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.**

**Wir sagen: Wehret den Anfängen, Terror darf nicht über den Frieden siegen!**

• **Verteidigen wir gemeinsam die Menschenrechte und damit die Chance auf ein friedliches Zusammenleben der Menschen!**

• **Öffentliche Aktionen von Rechten am 9. November sind zu verbieten!**